

Im zweiten Brief des Parteivorstandes der SPD ist ein ganzer Wunschzettel von Erleichterungen zur Beseitigung der Grenzsicherung der DDR vorgeschlagen worden. Das erinnert unwillkürlich an die Pläne des Bonner Generalstabs über den verdeckten Krieg. Diese Pläne sind völlig unreal, ebenso wie alle Versuche, die DDR mit Hilfe von Täuschungsmanövern hereinzulegen.

Wir bitten die sozialdemokratischen Genossen, aufmerksam unsere Politik zu verfolgen. Wir sind zu Kompromissen bereit, die der Sicherung des Friedens dienen auf der Grundlage der Gleichberechtigung und gegenseitigen Achtung der beiden deutschen Staaten.

Wir sind jedoch nicht gewillt, auch nur den kleinsten Schritt zu tun, der die Revanchisten und Militaristen in Bonn ermutigen würde und deren Alleinvertretungsanspruch nützen könnte.

*Der Parteivorstand der SPD hat vergessen, daß zunächst die menschlichste Aufgabe in Westdeutschland erfüllt werden muß. Die westdeutsche Bundesrepublik muß auf Revancheforderungen, auf Gewaltanwendung gegen die DDR und auf Mitverfügung über atomare Waffen verzichten.*

Der Wunsch, menschliche Erleichterungen zu schaffen, kann doch nur ernstgenommen werden, wenn erst einmal die Verfolgung und Diskriminierung von Bürgern der DDR durch die Bonner Unrechts-Justiz eingestellt wird. Wir wollen der SPD-Führung glauben, daß sie Erleichterungen in den menschlichen Beziehungen wünscht. *Der einzig vernünftige, normale und mögliche Weg hierzu ist die Herstellung offizieller Beziehungen zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten.* Dann kann in gleichberechtigten Verhandlungen der beiden Regierungen nach möglichen Lösungen gesucht werden.

Der Standpunkt, die Regierung der Bonner Bundesrepublik habe als Regierung des Großkapitals ein Alleinvertretungsrecht für alle Deutschen, sie habe sozusagen das Recht, die Interessen der DDR und ihrer Bürger zu mißachten und ihnen gegenüber Willkür zu üben, verhindert menschliche Erleichterungen. Man muß die Dinge am richtigen Ende anfassen.

In der zweiten „Offenen Antwort“ schlägt der Parteivorstand der SPD vor, die Deutsche Demokratische Republik solle auf Hoheitsrechte verzichten, um damit menschliche Erleichterungen und eine innerdeutsche Entspannung zu fördern.

Es ist uns unbegreiflich, weshalb nach den Vorstellungen der SPD-